

Öffentliche Bekanntmachung

über den Bürgerentscheid der Stadt Strasburg (Um.) zur Abberufung der Bürgermeisterin der Stadt Strasburg (Um.) sowie das Recht auf Einsichtnahme in das Abstimmungsverzeichnis

Der Bürgerentscheid der Stadt Strasburg (Um.) findet auf der Grundlage des Beschlusses der Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.) vom 29.09.2022 statt. Als Termin wurde der **20. November 2022** festgelegt. Die Abstimmung dauert von 08:00 bis 18:00 Uhr. Die Abstimmungsberechtigten können über die folgende Frage abstimmen:

„Wollen Sie die Bürgermeisterin der Stadt Strasburg (Um.), Frau Heike Hammermeister-Friese, abwählen?“

Jeder Abstimmungsberechtigte hat eine Stimme und kann **JA** oder **NEIN** ankreuzen. Das Abstimmungsgebiet der Stadt Strasburg (Um.) besteht aus **einem Stimmbezirk**. Die Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.) hat beschlossen, dass der Bürgerentscheid gem. § 17 Abs. 1 der Durchführungsverordnung zur Kommunalverfassung (KV-DVO) i.V.m § 18 Abs. 5 KV-DVO **als Abstimmung in den Abstimmungsräumen** mit der **Möglichkeit einer Briefabstimmung** durchgeführt wird.

Abgestimmt wird mit amtlichen weißen Stimmzetteln, die im Abstimmungsraum ausgehändigt werden. Der gekennzeichnete Stimmzettel, ist von der wählenden Person selbst in die Urne zu legen.

Abstimmungsberechtigte sind alle Deutschen nach Artikel 116 Absatz 1 des Grundgesetzes und alle Staatsangehörigen der übrigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (Unionsbürger) die am Abstimmungstag,

1. das **16. Lebensjahr** vollendet haben,
2. seit **mindestens 37 Tagen** in der Stadt Strasburg (Um.) nach dem Melderegister ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung haben oder sich, ohne eine Wohnung zu haben, sonst gewöhnlich dort aufhalten,
3. nicht nach § 5 des Landes- und Kommunalwahlgesetz Mecklenburg-Vorpommern vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist,

1. wer infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt,
2. eine Person, für die zur Besorgung alle Angelegenheiten eine Betreuung nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist; dies gilt auch, wenn der Aufgabenkreis der Betreuung die in § 1896 Absatz 4 und § 1905 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichneten Angelegenheiten nicht erfasst.

Die Abstimmungen sind allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim.

Das Abstimmungsverzeichnis zu dem oben aufgeführten Bürgerentscheid wird in der Zeit vom **31. Oktober 2022 bis 3. November 2022** zu den Öffnungszeiten der Stadtverwaltung der Stadt Strasburg (Um.), Schulstraße 1, 17335 Strasburg (Um.) für Abstimmungsberechtigte zur Einsichtnahme bereitgehalten. Jeder Abstimmungsberechtigte mit berechtigtem Interesse kann die Richtigkeit oder Vollständigkeit der zu seiner Person im Abstimmungsverzeichnis eingetragenen Daten überprüfen. Abstimmen kann nur, wer in das Abstimmungsverzeichnis für den Bürgerentscheid eingetragen ist.

Wer das Abstimmungsverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann bis zum 16. Tag vor dem Bürgerentscheid, spätestens **am 04.11.2022 bis 12:00 Uhr** bei der Stadtverwaltung der Stadt Strasburg (Um.), Schulstraße 1, 17335 Strasburg (Um.) Einspruch einlegen. Der Einspruch kann schriftlich oder durch Erklärung zur Niederschrift eingelegt werden.

Abstimmungsberechtigte, die in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen sind, erhalten bis zum **28. Oktober 2022** eine Abstimmungsbenachrichtigung.

Wer keine Abstimmungsbenachrichtigung erhalten hat, aber glaubt, abstimmungsberechtigt zu sein, muss Einspruch gegen das Abstimmungsverzeichnis einlegen, wenn er nicht Gefahr laufen will, dass er sein Abstimmungsrecht nicht ausüben kann. Abstimmungsberechtigte, die nur auf Antrag in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen werden und die bereits einen Abstimmungsschein und Briefabstimmungsunterlagen beantragt haben, erhalten keine Abstimmungsbenachrichtigung.

Abstimmungsräume werden eingerichtet:

Abstimmungsraum 1: Foyer der Max-Schmeling-Halle, Lindenstraße 6 (barrierefrei)

Abstimmungsraum 2: Kleine Turnhalle am Sportplatz, Bahnhofstraße 19 a

Abstimmungsraum 3: Feuerwehr Neuensund, Neuensund 46 a (barrierefrei)

Abstimmungsraum 4 Briefabstimmungsauszahlung im Sitzungssaal des Rathauses, Schulstraße 1

Die Abstimmungsberechtigten sollen zur Abstimmung die Abstimmungsbenachrichtigung mitbringen. Sie haben auf Verlangen des Abstimmungsvorstandes einen amtlichen Lichtbildausweis (z.B. Personalausweis, Reisepass, Führerschein) vorzulegen.

Einen Abstimmungsschein erhält auf Antrag,

- eine in das Abstimmungsverzeichnis eingetragene abstimmungsberechtigte Person
- eine nicht in das Abstimmungsverzeichnis eingetragene Person, wenn sie nachweist, dass sie aus einem nicht von ihr zu vertretenden Grund
 - a) die Antragsfrist auf Berichtigung des Abstimmungsverzeichnisses nach § 16 der Landes- und Kommunalwahlordnung M-V bis **4. November 2022 12:00 Uhr** versäumt hat
 - b) ihr Recht auf Teilnahme an der Abstimmung erst nach Ablauf der Antragsfrist auf Eintragung in das Abstimmungsverzeichnis nach § 16 Abs. 1 der Landes- und Kommunalwahlordnung M-V entstanden ist.

Abstimmungsscheine können von Abstimmungsberechtigten, welche in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen sind, bis **18. November 2022, 13:00 Uhr** bei der Gemeindewahlbehörde mündlich (nicht telefonisch), schriftlich oder elektronisch beantragt werden. Im Falle nachweislich plötzlicher Erkrankung, die ein Aufsuchen des Abstimmungsraumes nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten möglich macht, kann der Antrag noch am **Abstimmungstag bis 15:00 Uhr** gestellt werden. Wenn ein Abstimmungsberechtigter glaubhaft versichert, dass ihm der beantragte Abstimmungsschein nicht zugegangen ist, kann ihn bis zum **18. November, 12:00 Uhr** ein neuer Abstimmungsschein erteilt werden.

Wer den Antrag für einen anderen stellt, muss durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachweisen, dass er dazu berechtigt ist. Ein Abstimmungsberechtigter mit Behinderung kann sich bei Antragsstellung der Hilfe einer anderen Person bedienen.

Mit dem Abstimmungsschein erhält der Abstimmungsberechtigte:

- einen amtlichen **weißen** Stimmzettel
- einen amtlichen **grauen** Stimmzettelumschlag
- einen amtlichen **gelben** Abstimmungsbriefumschlag mit der Schrift der Gemeindewahlbehörde

Die Abholung des Abstimmungsscheines und der Briefwahlunterlagen für einen anderen ist nur möglich, wenn die Berechtigung zur Empfangnahme der Unterlagen durch Vorlage des unterschriebenen Abstimmungsscheinantrages oder einer schriftlichen Vollmacht nachgewiesen wird und die bevollmächtigte Person nicht mehr als vier Abstimmungsberechtigte vertritt; dies hat sie der Gemeindewahlbehörde vor Empfang der Unterlagen schriftlich zu versichern.

Bei der Briefabstimmung muss der Wähler den Abstimmungsbrief mit Stimmzettel und dem unterschriebenen Abstimmungsschein so rechtzeitig an die angegebene Stelle absenden, dass der Abstimmungsbrief dort spätestens am Abstimmungstage bis 18:00 Uhr eingeht.

Abstimmungsbriefe werden innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ohne besondere Versendungsform ausschließlich von der Deutschen Post AG unentgeltlich befördert. Sie können auch bei der auf dem Abstimmungsbrief angegebenen Stelle abgegeben werden.

Wer mit Abstimmungsschein im Abstimmungsraum des Stimmbezirkes abstimmen will, muss neben einem amtlichen Lichtbildausweis den Abstimmungsschein und den Stimmzettel aus den Briefabstimmungsunterlagen mitbringen und erhält im Abstimmungsraum, gegen Abgabe des mitgebrachten Stimmzettels, einen neuen Stimmzettel.

Die Abstimmungshandlung sowie die im Anschluss an die Abstimmungshandlung stattfindende Ermittlung und Feststellung des Abstimmungsergebnisses im Stimmbezirk sind öffentlich. Der Zutritt zum Abstimmungsraum ist während der Abstimmungszeit und während der Auszählung jederzeit möglich, soweit die ordnungsgemäße Durchführung der Abstimmung nicht beeinträchtigt wird. Während der Abstimmungszeit sind in und am Gebäude, in dem sich der Abstimmungsraum befindet, sowie unmittelbar vor dem Zugang zu dem Gebäude, jede Beeinflussung der Abstimmungsberechtigten durch Wort, Ton, Schrift oder Bild sowie jede Unterschriftensammlung verboten. (§ 28 Landes- und Kommunalwahlgesetz Mecklenburg-Vorpommern LKWG M-V)

Abstimmungsberechtigte, die des Lesens unkundig oder wegen einer Behinderung an der Abgabe ihrer Stimme gehindert sind, können sich der Hilfe einer anderen Person bedienen. Die Hilfeleistung ist auf technische Hilfe bei der Kundgabe einer von der abstimmungsberechtigten Person selbst getroffen und geäußerten Abstimmungsentscheidung beschränkt.

Unzulässig ist eine Hilfeleistung die unter missbräuchlicher Einflussnahme erfolgt, die selbstbestimmte Willensbildung oder Entscheidung der wahlberechtigten Person ersetzt oder verändert oder wenn ein Interessenkonflikt der Hilfsperson besteht. (§ 29 Abs. 3 LKWG M-V)

Wer unbefugt abstimmt oder sonst ein unrichtiges Ergebnis der Abstimmung herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Unbefugt stimmt auch ab, wer im Rahmen zulässiger Assistenz entgegen der Abstimmungsentscheidung des Stimmberechtigten eine Stimme abgibt. Der Versuch ist strafbar. (§ 107 Abs. 1 und 3 Strafgesetzbuch) Die Veröffentlichung von Ergebnissen von Befragungen der Abstimmenden nach der Stimmabgabe über den Inhalt der Abstimmungsentscheidung ist vor Ablauf der Abstimmungszeit unzulässig.

Strasburg (Um.), den 07.10.2022



Jana Witthuhn
Abstimmungsleiterin